

Stromversorgung

Sonderbeitrag der Braunkohle beendet

Im Rahmen der geänderten Versorgungsreserveabrufverordnung konnten Braunkohlekraftwerke aus der Sicherheitsbereitschaft befristet bis zum 31.03.2024 am Strommarkt betrieben werden. Konkret betroffen waren von dieser Maßnahme im Kraftwerk Jänschwalde (Lausitz) die Blöcke E und F, im Kraftwerk Niederaußem (Rheinland) die Blöcke E und F sowie Block C im Kraftwerke Neurath (Rheinland). Hinzu kamen zwei weitere Blöcke (D und E) des RWE-Kraftwerks Neurath, deren regulärer Betrieb verlängert wurde. Insgesamt stellten die sieben Blöcke eine Leistung von etwa 3,1 Gigawatt bereit. Ziel der Maßnahme war die Einsparung von Erdgas in der Stromerzeugung, die Erhöhung der Versorgungssicherheit und die Dämpfung der Strompreise. Alle genannten Anlagen durften ihren Strom im Großhandel verkaufen. Für die Reaktivierung der Anlagen aus der Sicherheitsbereitschaft kehrten auch ehemalige Beschäftigte der Braunkohleunternehmen aus dem Ruhestand an ihre alten Arbeitsplätze zurück, andere verschoben den Beginn ihres Ruhestandes.



Download
Versorgungsreserveabrufverordnung
https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/20231004-verordnung-aenderung-versorgungsreserveabrufverordnung.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Lausitz

Jänschwalde E und F endgültig vom Netz

Die Blöcke E und F des Kraftwerks Jänschwalde gingen nach 35jährigem Betrieb zum 31. März 2024 endgültig vom Netz. Die beiden 500-MW-Blöcke waren im Herbst 2022 im Rahmen der Versorgungsreserve befristet bis Ende März 2024 aus der Sicherheitsbereitschaft zurück an das Stromnetz gebracht worden. Sie leisteten während der zurückliegenden Monate temporär einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. „Dank einer unermüdlich arbeitenden Belegschaft und engagierter Service-Partner war es gelungen, die beiden Jänschwalder Blöcke E und F mit einem aufwändigen Instandhaltungsprogramm aus der Sicherheitsbereitschaft in einen Dauerbetrieb zu überführen. Während ihres befristeten Einsatzes haben beide Blöcke stabil und je nach Anforderung des Strommarktes bedarfsgerecht Strom produziert,“ erklärte LEAG-Produktionsvorstand Dr. Philipp Nellessen.

Von den rund 110 Beschäftigten, die für den Betrieb beider Blöcke im Einsatz waren, werden 36 Beschäftigte in den kommenden Monaten mit der Überwachung des Werks und der werksübergreifenden Systeme, wie dem komplexen System der E- und Leittechnik, betraut sein. „Unser Augenmerk liegt jetzt auf einem zuverlässigen Betrieb der noch verbleibenden vier 500-MW-Kraftwerksblöcke sowie auf der Transformation des Energiestandortes,“ so Nellessen weiter. Der Kraftwerksstandort Jänschwalde soll auf



Download
LEAG-Pressemitteilung
<https://www.leag.de/de/news/details/jaenschwalder-kraftwerksblocke-e-und-f-gehen-endgueltig-vom-netz/>

„Unser Augenmerk
liegt jetzt auf der
Transformation des
Energiestandortes.“

DR. PHILIPP NELLESSEN,
PRODUKTIONSVORSTAND LEAG

Basis von Gas- und Wasserstofftechnologien erhalten und transformiert werden. Mit den in unmittelbarer Nachbarschaft wachsenden Erneuerbare-Energien-Anlagen soll am Energiestandort Jänschwalde die Einspeisung von Strom aus Wind- und Solaranlagen gesichert und verstetigt werden. Dafür plant die LEAG die Errichtung eines Speicherkraftwerks, das mehrere Technologien zur Erzeugung, Umwandlung und Speicherung von Energie umfasst.

Rheinland

Kraftwerk Neurath reduziert Leistung um 1.500 MW

Am Kraftwerksstandort Neurath im Rheinland sind jetzt nur noch Anlagen mit optimierter Anlagentechnik (BoA) in Betrieb. Die Blöcke F und G haben eine Leistung von mehr als 1.000 Megawatt (MW) und sollen voraussichtlich bis März 2030 laufen. Bereits zum Jahresende 2021 hatte der Betreiber RWE Power den Block B der Anlage vom Netz genommen. Drei Monate später folgte Block A. Beide Einheiten hatten, wie der zum 31.03.2024 stillgesetzte Block C, eine Leistung von 300 MW und stammen aus den Jahren 1972 und 1973. Zum 31.03.2024 wurden auch die 1975 und 1976 errichteten Blöcke D und E mit einer Leistung von jeweils 600 MW endgültig stillgelegt. Die drei Blöcke (C bis E) in Neurath waren seit Mitte der 1970er Jahre in Betrieb und haben damit fünf Jahrzehnte lang einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung geleistet. Neben dem zuverlässigen Betrieb der verbleibenden Kraftwerksblöcke stehe in den kommenden Jahren weiterhin die Vorbereitung des Kohleausstiegs und die abschließende Rekultivierung im Mittelpunkt der Arbeit, erklärte der Vorstandsvorsitzende von RWE Power, Dr. Frank Weigand.

Insgesamt hat das Unternehmen seit Ende 2020 zwölf Braunkohlekraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 4.200 MW stillgelegt. Zusätzlich wurde Ende 2022 die Brikettproduktion im Rheinland eingestellt und damit eine Kraftwerksleistung von 120 MW vom Netz genommen. Da Ende des laufenden Jahres auch ein 300-Megawatt-Block des Kraftwerks Weisweiler abgeschaltet wird, werden 2025 nur noch sieben von ehemals 20 Kraftwerksblöcken im Rheinland im Betrieb sein. Um zum Gelingen des Kohleausstiegs beizutragen, plant der Konzern den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken an den bisherigen Kraftwerksstandorten. Vorgesehen sind Erzeugungskapazitäten in der Größenordnung von etwa 3.000 MW. Bedingung sei allerdings, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen solche Investitionen erlauben und das Unternehmen bei den von der Bundesregierung angekündigten Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke erfolgreich ist.

Im Rahmen seiner globalen Investitions- und Wachstumsstrategie möchte RWE sein grünes Kerngeschäft deutlich ausbauen. Allein in Deutschland plant das Unternehmen für die kommenden sechs Jahre Investitionen von bis zu elf Milliarden Euro netto. Das Geld soll in die Offshore- und Onshore-Windkraft fließen, darüber hinaus in Solaranlagen, Batteriespeicher, flexible Backup-Kapazitäten und in die Erzeugung und Anwendung von Wasserstoff.



Download
Pressemitteilung RWE Power
<https://www.rwe.com/presse/rwe-power/2024-03-26-rwe-power-legt-weitere-fuenf-kraftwerksbloecke-endgueltig-still/>

Kraftwerksstrategie

Einigung der Bundesregierung

Als einer der führenden Stromproduzenten Deutschlands begrüßt die LEAG die kürzlich verkündete Einigung zur neuen Kraftwerksstrategie. Die Einigung innerhalb der Regierungskoalition ebne den Weg, um zügig die notwendige Klarheit über die politisch gewünschten Investitionen in neue, steuerbare Kapazitäten zu schaffen. Thorsten Kramer, CEO der LEAG, betonte: „Wir sehen die Einigung als positives Zeichen und erwarten, dass sie die notwendige Unterstützung für die Energiewende in ganz Deutschland bietet. Wichtig ist vor allem, dass die weiteren Schritte in der Umsetzung der Kraftwerksstrategie



Download
Pressemitteilung LEAG
<https://www.leag.de/de/news/details/leag-begruesst-einigung-zur-kraftwerksstrategie/>

sowohl die Klima- und Versorgungssicherheitsziele als auch die wirtschaftlichen Anforderungen der LEAG als Investor angemessen berücksichtigen. Unsere Kernforderungen, insbesondere hinsichtlich der Nutzung bestehender Infrastrukturen und der Ausrichtung auf maximale CO₂-Minderung, müssen in der Strategie eine zentrale Rolle spielen.“ Die LEAG plant die Errichtung von H₂-ready-Kraftwerken an Standorten mit vorhandener Infrastruktur und eine faire Verteilung der Standorte ohne Bevorzugung bestimmter Regionen. Dadurch könne die vorhandene Kraftwerks- und Netzinfrastruktur effizient weitergenutzt werden. Die Vergabe von Fördermitteln sollten auf die größtmögliche CO₂-Minderung abzielen. Dazu sollten die Gebote mit den durch den Ersatz vermiedenen CO₂-Emissionen gewichtet werden.

Braunkohle

Weiterhin wichtiger Versorgungsbeitrag

Die Braunkohleförderung in Deutschland erreichte 2023 eine Höhe von rund 102,2 Millionen Tonnen (Mio. t) und verminderte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 21,8 Prozent. Wegen eines etwas geringeren Heizwerts der geförderten Kohle lag der Energieinhalt der gewonnenen Braunkohle mit 31,3 Mio. t SKE um 23,2 Prozent unter dem Vorjahreswert. Damit hatte die Braunkohle einen Anteil von rund 27 Prozent an der gesamten heimischen Energiegewinnung und bleibt unverändert eine wichtige heimische Energieressource, heißt es im diesjährigen Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB). Der Anteil der Braunkohle am gesamten inländischen Energieverbrauch lag 2023 bei etwa 8 Prozent.

In den einzelnen Revieren entwickelte sich die Produktion unterschiedlich: In Mitteldeutschland wurden knapp 28 Prozent und im Rheinland gut 26 Prozent weniger gefördert. In der Lausitz sank die Gewinnung um 14 Prozent. Mit 90,3 Mio. t entfallen knapp 90 Prozent der gesamten inländischen Braunkohleförderung auf Lieferungen an die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung (minus 22,7 Prozent gegenüber 2022). Die Stromerzeugung aus Braunkohle sank von 116 Terawattstunden (TWh) auf etwa 87 TWh.

Der Anteil der Braunkohle an der gesamten Bruttostromerzeugung lag damit 2023 bei 17 Prozent. Die Herstellung von Veredlungsprodukten verzeichnete einen Rückgang um 18 Prozent auf gut 4 Mio. t. Insgesamt war die Braunkohle 2023 erneut eine wichtige und verlässliche Energiequelle für die Stromerzeugung in Deutschland und die Wertschöpfung in den Regionen.

DEBRIV

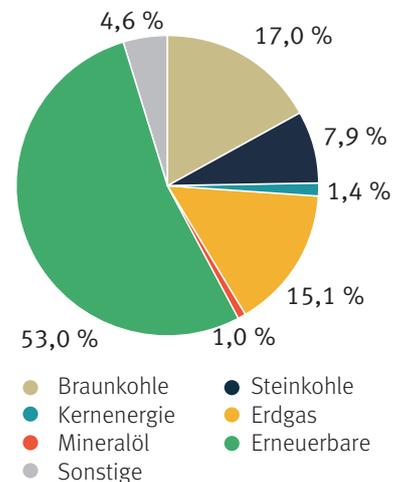
Aktuelle Daten auf der DEBRIV-Webseite und im Statistik-Flyer

In übersichtlicher und kompakter Form präsentiert der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein e. V. (DEBRIV) die aktuellen Daten zur deutschen Braunkohleindustrie im Jahr 2023. Interessierte können sich unter www.braunkohle.de/daten-und-fakten mit den Tabellen und Grafiken einen aktuellen Überblick verschaffen, wie sich die Branche entwickelt. Die Daten belegen, dass die Braunkohleindustrie trotz des anhaltenden rückläufigen Trends noch immer bedeutend für die Versorgungssicherheit mit Strom in Deutschland sowie für die Wertschöpfung in den Regionen ist.

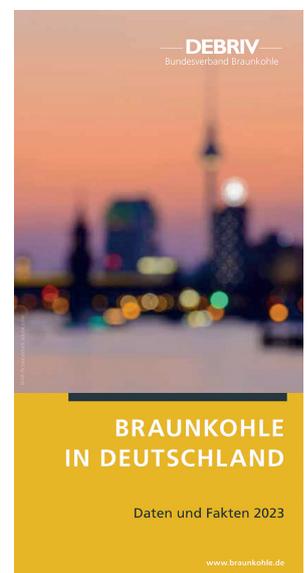
Die Webseite „Daten und Fakten“ ergänzt als digitale Version den jährlich aufgelegten Flyer „Braunkohle in Deutschland“ des DEBRIV. Interessierte können ihn über die Pressestelle des DEBRIV erhalten. Die auf der Webseite veröffentlichten Tabellen und Grafiken lassen sich einzeln als PDF-Dokument herunterladen. Weitere Formate stellt der DEBRIV auf Anfrage zur Verfügung. Ebenso ist die PDF-Version des Flyers weiterhin in der Mediathek verfügbar und liegt diesem Informationsbrief als Anlage bei.

Stromerzeugung in Deutschland 2023 Anteile in Prozent

Quelle: AG Energiebilanzen



Download AGEB Jahresbericht 2023
https://ag-energiebilanzen.de/wp-content/uploads/2024/04/AGEB_Jahresbericht2023_20240403_dt.pdf



Download Daten und Fakten 2023
<https://braunkohle.de/media/daten-und-fakten/>

Bergbausanierung

Sicherung des Helenesees wird durch Bund und Land finanziert

Die Finanzierung der Maßnahmen zur Gefahrenabwehr am Helenesee bei Frankfurt/Oder ist gesichert. Im Rahmen des aktuellen Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung wurde die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) mit der Sanierung des derzeit gesperrten Tagebaufolgesees beauftragt. Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) und die LMBV haben sich verständigt, dass sich das LBGR am Helenesee weiterhin engagiert und die nächsten Planungsphasen leitet und vorantreibt. Nachfolgend wird die LMBV die Sicherungsmaßnahmen vollständig übernehmen und umsetzen.

„Bund und Land beteiligen sich jeweils zur Hälfte an den Kosten. Wir sind froh, dass sich alle Beteiligten für die Sicherung des Helenesees engagieren und auf unsere Erfahrungen in der Bergbausanierung bauen“, so Bernd Sablotny, Sprecher der Geschäftsführung der LMBV.

Im März 2021 kam es am Oststrand des Helenesees zu einer Rutschung. Diese ist rund 30 Meter breit und reichte zwischen neun und zwölf Meter ins Hinterland. Rund 500 Kubikmeter Bodenmassen rutschten in den See, sodass der Badestrand komplett zerstört wurde. Mit der Allgemeinverfügung „Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren aufgrund früherer bergbaulicher Tätigkeit am Helenesee“ vom 21. Mai 2021 sperrte das LBGR den kompletten See und seine Uferbereiche. Der ehemalige Tagebau Helene/Nord förderte von 1940 bis 1958 Braunkohle und war nach der Flutung bis vor wenigen Jahren ein beliebter Ort für Erholung und Events mit überregionaler Bedeutung bis zur Bundeshauptstadt Berlin.



Download LMBV Pressemitteilung
<https://www.lmbv.de/finanzierung-der-sicherung-des-helenesees-bei-frankfurt-o-durch-bund-und-land-bestaetigt/>

Rheinland

Klärschlamm-Verwertung langfristig abgesichert

Die Entsorgung des Klärschlammes aus den Anlagen des Erftverbands und des Wasserverbands Eifel-Rur ist langfristig abgesichert: Ab 2029 werden die beiden im Rheinischen Revier tätigen Wasserverbände jährlich bis zu 148.000 Tonnen (t) entwässerten Klärschlamm nach Hürth-Knapsack südwestlich von Köln liefern und dort in einer neuen Anlage thermisch verwerten. Betreiber der Anlage ist ein gemeinsam mit RWE gegründetes Tochterunternehmen. RWE übernimmt den technischen Betrieb und liefert selbst bis zu 32.000 t Klärschlamm an.

RWE und die Wasserverbände verwerten derzeit ihre Klärschlämme in Braunkohlekraftwerken von RWE Power. Der Energieträger Braunkohle, der die bei der sogenannten Mitverbrennung des Klärschlammes nötige Heizenergie liefert, steht jedoch ab 2030 im Rheinland im Zuge des Kohleausstiegs nicht mehr zur Verfügung. Deshalb ist die Mitverbrennung ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Zudem fordert die Klärschlammverordnung ab 2029 eine gezielte Phosphorrückgewinnung, was nur wirtschaftlich möglich ist, wenn Klärschlamm ohne andere Stoffe in separat errichteten Anlagen verwertet wird.

Mit einer bereits im Bau befindlichen Verwertungsanlage und umfassenden Erfahrungen aus der Verwertung von Klärschlämmen konnte sich RWE Power in einer Ausschreibung als Partner der Wasserverbände durchsetzen. In der neuen Anlage kann Klärschlamm ohne fossile Energieträger thermisch verwertet werden, weil die erzeugte Wärme rückgeführt und zur Vortrocknung des Materials genutzt wird. Die Überschussenergie der Anlage wird zur Erzeugung von elektrischer Energie genutzt und anschließend in Form von „grünem“ Dampf sowie Fernwärme an benachbarte Industriepartner und die örtlichen Stadtwerke geliefert. RWE Power-Vorstand Lars Kulik bezeichnete den Vertrag mit den Wasserverbänden als wertvolle regionale Wertschöpfung. Es handele sich um einen nachhaltigen Beitrag zur regionalen Energiewende und zum Strukturwandel im Rheinischen Revier.



Download RWE Pressemitteilung
<https://www.rwe.com/presse/rwe-power/2024-03-22-klarschlamm-verwertung-ist-langfristig-abgesichert/>

IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin
Dr. Thorsten Diercks
t + 49 30 315182-22

Internet: www.braunkohle.de



DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 10.04.2024
Druckauflage: 3.000 Exemplare